

AUSSENPOLITIK NACH CALMY-REY: BRENNPUNKTE UND PERSPEKTIVEN

Die Schweizer Aussenpolitik hat in der Ära Calmy-Rey an Dynamik gewonnen. Der Spielraum für ein eigenständiges aussenpolitisches Profil ist in den letzten Jahren allerdings kleiner geworden. Die Europapolitik gleicht heute einer Grossbaustelle. Mit Blick auf die grossen anstehenden Herausforderungen erscheinen eine stärkere Fokussierung des Aussennetzes und Massnahmen zur Verbesserung der aussenpolitischen Kohärenz prüfenswert. Notwendig sind auch weitere Anstrengungen zur innenpolitischen Verankerung der Friedenspolitik.



Auch das neu konstituierte Parlament wird in aussenpolitischen Fragen gefordert sein (5. Dezember 2011).

In der Ära von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey (2002 bis 2011) hat die Schweizer Aussenpolitik eine bemerkenswerte Dynamisierung erfahren. Wie kein Aussenminister zuvor hat Calmy-Rey den Grundsatz vertreten, dass die Schweiz ihre Interessen nur mit aktiver Einflussnahme und internationaler Präsenz wirkungsvoll wahren kann. Folgerichtig ist die Aussenpolitik in ihrer Amtszeit ambitionierter, profilierter und sichtbarer geworden. Zwar hat dies innenpolitisch bisweilen Anlass zu Kontroversen gegeben, zumal die Schweizer Politik in der Frage der aussenpolitischen Positionierung im vergangenen Jahrzehnt tief gespalten war. Insgesamt ist es Calmy-Rey jedoch gelungen, die von ihr geprägte Aussenpolitik in der Bevölkerung zu verankern und darzulegen, warum in einer globalisierten Welt ein passives Abseitsstehen der Schweiz nicht zielführend wäre.

Inhaltlich war die Aussenpolitik Calmy-Reys durch drei Akzentverschiebungen geprägt. Erstens wurde unter ihrer Ägide die zivile Friedensförderung zu einem Schlüsselbereich der Schweizer Aussenpolitik

ausgebaut. Das entsprechende Jahresbudget hat sich innerhalb eines Jahrzehnts auf über CHF 75 Mio. verdoppelt. Die Schweiz hat dabei eine betont eigenständige Dialog- und Vermittlungspolitik betrieben und sich teilweise von den Positionen der USA und der EU abgegrenzt (siehe CSS Analysen Nr. 44 [↗](#) und 63 [↗](#)).

Zweitens hat der Gesamtbundesrat 2005 auf Antrag des EDA beschlossen, als Reaktion auf die globalen Machtverschiebungen eine Ausdehnung des politischen Einflussbereichs der Schweiz über Europa hinaus anzustreben und die Beziehungen mit den USA, Japan, den BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und der Türkei im Sinne von strategischen Partnerschaften zu vertiefen. Seither hat er mit allen diesen Staaten ausser Indien entsprechende Memoranda of Understanding unterzeichnet. Ergänzend zu diesen Massnahmen hat er im Rahmen einer global ausgerichteten Aussenwirtschaftspolitik Strategien für weitere nichtwestliche Märkte mit besonderem Potential wie Indonesien oder Mexiko entwickelt.

Drittens lässt sich in der Ära Calmy-Rey eine Relativierung der Europa-Priorität erkennen. Im Zentrum der Schweizer Europapolitik stand nicht mehr die Grundfrage der Positionierung gegenüber der EU, sondern die operative Umsetzung und Konsolidierung des Bilateralismus. Die abnehmende strategische Auseinandersetzung mit Europa war teilweise dem Umstand geschuldet, dass der Bundesrat zwischen 2005 und 2009 in vier Volksabstimmungen sensible bilaterale Abkommen wie Schengen oder die Personenfreizügigkeit verteidigen musste. Sie war aber auch Ausdruck der weitverbreiteten Annahme, dass die Jahrzehnte alte Europafrage zumindest vorläufig geklärt sei (siehe CSS Analyse Nr. 37 [↗](#)).

Insgesamt orientierte sich die Schweiz im vergangenen Jahrzehnt im Vergleich zu den 1990er Jahren wieder vermehrt an aussenpolitischen Nischen und Sonderwegen. Diese Ausrichtung war zwar innenpolitisch mehrheitsfähig. International sah sich die Schweiz aber vor allem in den letzten drei Jahren der Ära Calmy-Rey einem zunehmenden Konformitätsdruck westlicher Staaten ausgesetzt. So hat die EU deutlich gemacht, dass sie den Bilateralismus in seiner jetzigen Form nicht mehr mittragen will und sich die Schweiz künftig wie die EWR-Staaten überstaatlichen Institutionen unterstellen muss, wenn sie weiterhin am Binnenmarkt teilnehmen will. Enger ist der Handlungsspielraum auch in der Finanzmarktpolitik geworden, wo die Schweiz auf Druck insbesondere der Nachbarstaaten und der USA bereits gewichtige Konzessionen machen musste. In der Friedenspolitik schliesslich hat der Bundesrat nach einigem Zögern dem Drängen Brüssels und

Washingtons nachgegeben, über die UNO-Sanktionen hinausgehende westliche Massnahmen gegen den Iran mitzutragen. Die Rolle der Schweiz als Brückenbauer im Irankonflikt wurde damit empfindlich geschwächt (siehe CSS Analysen Nr. 61 [□](#), 81 [□](#)).

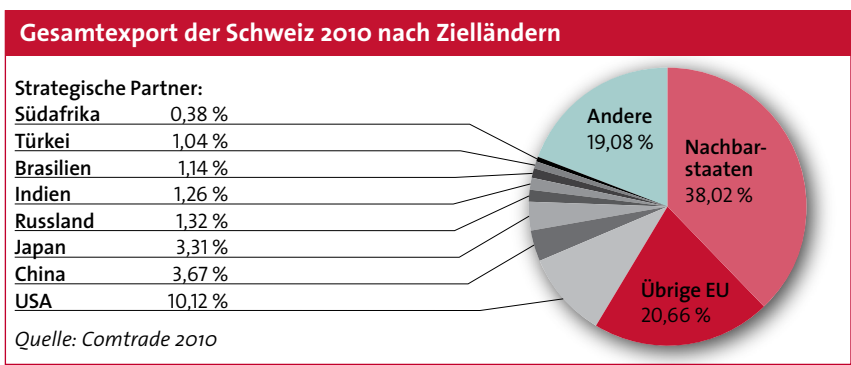
Der internationale Druck auf die Schweiz dürfte vor dem Hintergrund der Schulden- und Währungskrise in Europa und der Renaissance von Machtpolitik in einer multipolaren Welt vor allem im wirtschaftlichen Bereich weiter zunehmen. Der Führungswechsel im EDA bietet in diesem Zusammenhang Gelegenheit zu einer aussenpolitischen Standortbestimmung. Handlungs- respektive Klärungsbedarf lässt sich dabei in der Europapolitik, der Frage der Ressourcenallokation im Vertretungsnetz, der aussenpolitischen Kohärenz und Strategie sowie in geringerem Mass in der zivilen Friedensförderung identifizieren.

Baustelle Europa

Die Deblockierung des Europadossiers ist die wichtigste und zugleich schwierigste anstehende Aufgabe der Schweizer Diplomatie. Nach dem EWR-Nein 1992 machte die EU gegenüber der Schweiz im Sinne einer Übergangslösung die doppelte Konzession, den Zugang zum Binnenmarkt sektorspezifisch und auf der Basis mehrheitlich statischer, völkerrechtlicher Abkommen zu regeln. Mit der Forderung nach einem institutionellen Überbau der bilateralen Abkommen zur beschleunigten Übernahme von neuem EU-Recht und zur einheitlichen Auslegung, Überwachung und rechtlichen Durchsetzung der Verträge stellt Brüssel heute die zweite Konzession in Frage.

Im Kern will die EU die Schweiz rechtlich gesehen nicht länger als privilegierten Drittstaat, sondern als Teilnehmer am Binnenmarkt behandeln. Sie scheint sich dabei neben einer EWR-Lösung auch eine sektorspezifische bilaterale Assoziierung der Schweiz mit EWR-ähnlichen Merkmalen vorstellen zu können. Beiden Modellen gemein ist, dass die Schweiz in Bereichen wie der Aussenhandels-, der Landwirtschafts- und der Steuerpolitik weiterhin eigenständig agieren kann, wobei ihr Handlungsspielraum auch in solchen vertraglich nicht abgedeckten Feldern abnimmt. Die Forderungen der EU bedeuten aber auch, dass die Schweiz eine wachsende Fremdbestimmung als Preis für den Zugang zum Binnenmarkt als EU-Nichtmitglied in Kauf zu nehmen hat.

Die europapolitische Ausgangslage gestaltet sich für den Bundesrat umso schwieriger,



ger, als das Ansehen der EU in der Schweiz heute auf einem Tiefpunkt ist. Gleichzeitig ist die Bevölkerung nach Jahren der Lobreden auf den Bilateralismus kaum für die Schwierigkeiten in den Beziehungen zur EU sensibilisiert. Dass das EDA die seit 2006 vernehmbare Kritik der EU am Bilateralismus erst Ende 2009 erstmals innenpolitisch thematisierte, ist als grosses Versäumnis in der Aussenpolitik Calmy-Reys zu werten.

Im Wahljahr 2011 hat der Bundesrat in der Europafrage zweckmässigerweise auf Zeit gespielt. Auch in der neuen Legislatur wird er nicht sofort zu einer Lösung Hand bieten wollen, zumal derzeit unklar ist, wie sich die EU im Kontext der Schuldenkrise weiterentwickelt. Akzentuiert sich etwa das Modell eines Europa der zwei Geschwindigkeiten, könnten sich auch für die Schweiz neue Formen der Zusammenarbeit ergeben. Selbst dann wird der für die Schweiz unverzichtbare Zugang zu den Märkten Kerneuropas allerdings einen Souveränitätsverzicht erfordern, weshalb die innenpolitische Debatte bei dieser Grundfrage ansetzen muss.

Anzustreben ist, dass die Schweiz die institutionelle Problematik im Rahmen einer gesamtheitlichen Europastrategie angeht. Dabei sind einerseits die Einzelheiten einer Gesamtlösung zu definieren, im Rahmen derer die Schweiz einer Dynamisierung der Beziehungen zur EU zustimmen könnte. Darüber hinaus wird andererseits zu prüfen sein, ob die aktuelle Strategie einer selektiven wirtschaftlich-technischen Integration bei weitgehender politischer Distanznahme zur EU noch interessengerecht ist.

Im Unterschied zu anderen europäischen Drittstaaten unterhält die Schweiz zur EU keine strukturierten politischen Beziehungen, wie sie sich etwa in Form eines politischen Dialogs oder punktueller Unterstützung von GASP-Erklärungen z.B. zu Menschenrechtsfragen manifestieren. Ein

Ausbau der politischen Präsenz in Brüssel und der Solidarität gegenüber der EU könnte der Schweiz helfen, ihren Anliegen in Europa mehr Gehör zu verschaffen und ihre globalen Interessen wirksamer im Verbund mit europäischen Partnern zu wahren. Politische Beziehungen zu Brüssel würden die Schweizer Neutralität keineswegs unterminieren. Auch würden sie einer eigenständigen Friedenspolitik nicht im Wege stehen, wie das Beispiel Norwegen zeigt. Sie könnten aber zumindest in Ansätzen die Defizite an politischer Vernetzung abmildern, unter welchen die Schweiz in Europa als EU-Nichtmitglied leidet.

Solch umfassendere Betrachtungsweisen haben in den EU-Analysen der Schweiz bisher wenig Platz gefunden. Der überraschende Entscheid des Bundesrats, das Integrationsbüro vollständig in das Auswärtige Departement zu integrieren, bietet diesbezüglich die Chance, den Blick künftig vermehrt über ökonomische und institutionelle Aspekte hinaus zu richten.

Geographische Refokussierung

Eine wieder verstärkte Priorisierung Europas in der Schweizer Aussenpolitik muss den Ausbau der Beziehungen zu aufstrebenden nichteuropäischen Staaten nicht in Frage stellen. Allerdings ist die Bedeutung der vom Bundesrat 2005 identifizierten acht strategischen Partner für die Schweiz zu relativieren. Ohne die USA, dem nach Deutschland zweitwichtigsten Absatzmarkt für die Schweiz, machte der Anteil dieser Staaten am Schweizer Gesamtexport 2010 erst 12% aus, wovon wiederum mehr als die Hälfte auf China und Japan zurückgingen (siehe Kasten). Der Anteil dieser sieben Staaten hat damit seit 2000 zwar um 3,5% zugenommen, doch sind drei Viertel dieses Anstiegs allein dem erhöhten Export nach China zuzuschreiben. Die EU-27 ihrerseits machten 2010 knapp 60% der Schweizer Exporte (und 77% der Importe) aus. Allein auf die Nachbarn Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich

gingen dabei bemerkenswerte 38% der Exporte (und gar 55% der Importe) zurück.

Die anvisierten Freihandelsabkommen mit den wirtschaftlichen Grossmächten China, Russland und Brasilien wären für die Schweiz zwar interessant, könnten aber wie bereits im Fall der USA am helvetischen Agrarprotektionismus scheitern. Die mit mehreren strategischen Partnern vereinbarten politischen Jahreskonsultationen wiederum sind zwar durchaus nützlich. Ob die Schweiz damit ihren politischen Einfluss mehren kann, bleibt aber fraglich. In Bezug auf andere aussereuropäische Märkte schliesslich bleibt offen, inwieweit die Umsetzung der globalen Aussenwirtschaftsstrategie der Schweiz auch nach dem Abschluss von Handelsabkommen noch der Flankierung durch diplomatische Ressourcen des EDA bedarf.

Vor diesem Hintergrund ist auch die geographische Ausrichtung des EDA-Vertretungsnetzes laufend zu überprüfen. Für die im Aussenpolitischen Bericht 2009 und in anderen EDA-Stellungnahmen beschriebene Verlagerung finanzieller und personeller Ressourcen von Westeuropa und den USA nach Asien, Afrika und Nahost mag es gute Gründe geben. Das Argument, wonach die Bedeutung der Hauptstädte in Europa für die Schweizer Europapolitik angesichts der EU-Zentralisierung in Brüssel abgenommen habe, war jedoch bereits zur Zeit der Hochblüte des Bilateralismus nicht überzeugend. Es besticht heute umso weniger, als die Schweiz in diesen Staaten nicht nur europapolitische Interessen, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit ihres Finanz- und Werkplatzes verteidigen muss.

Die Schweiz verfügt mittlerweile über ein sehr dichtes globales Vertretungsnetz. 86% der Vertretungen bestehen aber aus drei oder weniger diplomatischen Mitarbeitenden. Die Wirksamkeit der vielen Kleinstvertretungen (42 Botschaften haben nur einen Diplomaten) bleibt fraglich. Solange sich kein Ausbau der diplomatischen Ressourcen abzeichnet, ist eine verstärkte Priorisierung im Vertretungsnetz einer Verzettlung im Namen des Universalitätsprinzips vorzuziehen.

Kohärenz und Strategie

Die Bedeutung der Aussenpolitik wird angesichts der fortschreitenden Internationalisierung fast aller Bereiche der Innenpolitik und der sich mehrenden Druckversuche aus dem Ausland weiter zunehmen. Vor dem Hintergrund der systembedingten Schwä-

Verschiebungen im Vertretungsnetz der Schweiz in der Ära Calmy-Rey

Die Schweiz hat heute 101 Botschaften (2002: 90), 13 Missionen/Delegationen (13) und 30 Generalkonsulate (45).

Anzahl Botschaften/Generalkonsulate: Europa 37/10 (2002: 36/19), Amerika 17/10 (15/11), Afrika 22/1 (19/3), Asien 23/8 (18/11), Australien/Ozeanien 2/1 (2/2).

Neue Botschaften unter Calmy-Rey: Kamerun*, Haiti*, Sudan*, Dominikanische Republik*, Kasachstan, Angola, Aserbaidshan*, Kosovo*, Nepal, Armenien*, Katar (2012).

*= vormals Generalkonsulate

Quelle: EDA

chen in der politischen Führung der Schweiz bedarf es dabei besonderer Anstrengungen, um ein kohärentes aussenpolitisches Handeln sicherstellen zu können. Zwar sind diesbezüglich in den letzten Jahren einige Massnahmen getroffen worden. Fortschritte in der Koordination lassen sich etwa in der Entwicklungspolitik erkennen, wo der Bundesrat 2008 erstmals eine einheitliche Strategie für alle involvierten Akteure vorlegte. Insgesamt erscheinen die interdepartementalen Abstimmungsdefizite aber nach wie vor beträchtlich. Calmy-Rey behagte die Brückenbauerrolle auf der Weltbühne besser als die Koordinationsaufgabe im Bundesrat. Gleichzeitig zeigen manche Departemente wenig Interesse, ihre internationalen Aktivitäten mit dem EDA abzustimmen.

Auf strategischer Stufe besonders unterentwickelt ist die Zusammenarbeit in der Aussensicherheitspolitik. Die Sistierung der Bemühungen um eine zivil-militärische Friedensförderungsstrategie und der Ende 2010 getroffene Entscheidung, wonach das EDA nicht länger im Sicherheitsausschuss des Bundesrats Einsitz nimmt, sprechen diesbezüglich Bände. Handlungsbedarf herrscht aber auch bezüglich der sogenannten Sektoraussenpolitiken. Eine formalisierte Koordination zwischen dem EDA und anderen Departementen in Form einer gemeinsamen Zielvereinbarung oder Strategie ist erst in wenigen Bereichen wie der Gesundheit, der Bildung oder der Energie erfolgt. Eine vermehrte Verwendung solcher Koordinationsinstrumente drängt sich auf. Prüfwert wäre zudem, die Politische Direktion V oder die nach der Libyenkrise zuhanden des Bundespräsidenten geschaffene Cellule Diplomatique als zentrale Anlaufstelle für Fachdepartemente zu stärken.

Zur Verbesserung der Kohärenz beitragen könnte auch ein neuer aussenpolitischer Strategiebericht analog zu den Berichten von 1993 und 2000. Die unter Calmy-Rey seit 2009 jährlich veröffentlichten umfangreichen Rechenschaftsberichte sind zwar mit Blick auf die Transparenz der EDA-Aktivitäten verdienstvoll. Aufgrund ihres Mangels an konzeptionellen Aus-

sagen bieten sie aber weder für das EDA noch die überdepartementale Koordination eine inhaltliche Klammer. Mit ihrer Themen- und Informationsfülle entziehen sie die Aussenpolitik in gewissem Masse sogar der politischen Debatte. Das in der Bundesverfassung verankerte Zielfünfeck der Schweizer Aussenpolitik vermag das Defizit an inhaltlichen Leitplanken nicht wettzumachen, sind die entsprechenden Formulierungen doch vage gehalten.

Friedensförderung: Kontinuität

Im Bereich der zivilen Friedensförderung spricht vieles für eine Politik der Kontinuität. Innenpolitisch geniessen die diesbezüglichen Aktivitäten des EDA angesichts der breiten parlamentarischen Zustimmung zu den jeweiligen Rahmenkrediten hohe Legitimität. Auf der internationalen Ebene hat die Schweiz mit ihrer bilateralen Friedenspolitik und ihren Beiträgen zur Lösung globaler Probleme im Rahmen der UNO einiges Gewicht erlangt. Mit ihren Guten Diensten etwa in der Iran-Krise oder dem Georgien-Konflikt vermochte sie unter Calmy-Rey zudem den Zugang zu Grossmächten wie den USA oder Russland zu verbessern. Gleichzeitig ermöglichten die guten Kontakte zu islamischen Akteuren der Schweizer Diplomatie, die negativen Rückwirkungen der Minarett-Initiative auf das Image der Schweiz in muslimischen Ländern abzumildern.

Allerdings haben die letzten Jahre gezeigt, dass Schweizer Vermittlungsbemühungen vor allem dann tragfähig sein können, wenn sie den Interessen Washingtons und der EU nicht zuwiderlaufen. Erfolge stellten sich in geopolitisch eher peripheren Konflikten wie in Nepal oder Sudan oder in Fälen ein, wo die Schweiz in enger Absprache mit den grossen Akteuren agierte. Neben den Abkommen zwischen Armenien und der Türkei gehörte die Deblockierung des WTO-Beitritts Russlands durch Georgien zu den sichtbarsten Vermittlungsergebnissen der Schweizer Diplomatie. Im Nahen und Mittleren Osten hingegen vermochte die Schweiz mit der Genfer Initiative, dem Hamas-Dialog oder der Mediation in der Iran-Krise zwar wichtige Beiträge zu einer

potentiellen Konfliktlösung zu leisten. Für nachhaltige Vermittlungserfolge in dieser zentralen Konfliktregion fehlt es ihr aber an politischem Gewicht.

Der Legitimationsdruck der zivilen Friedensförderung dürfte in den kommenden Jahren steigen, sollten die wirtschaftlichen Verwerfungen im Umfeld der Schweiz die materielle Interessen noch weiter in den Vordergrund rücken lassen. Vor diesem Hintergrund erscheint es besonders wichtig, dass das EDA die Bemühungen der letzten Jahre fortsetzt, mit einer konsequenten geographischen und thematischen Schwerpunktsetzung die Erfolgsaussichten der Friedensaktivitäten zu erhöhen. Diesbezüglich sind hinter die in mancher Hinsicht vorbildlich verfasste Botschaft für einen neuen Rahmenkredit 2012–16 einige Fragezeichen zu setzen.

Innen- und Aussenpolitik

In der Schweiz sind Innen- und Aussenpolitik aufgrund ihres politischen Systems mehr noch als in anderen Staaten eng miteinander verschränkt. Das erzeugt verschiedene Spannungsfelder. Direktdemokratische Entscheide können aussenpolitische Ziele und Aktivitäten konterkarieren. Die innenpolitische Interessenvielfalt erschwert aussenpolitische Priorisierungen und lässt wenig Spielraum für grössere Kurswechsel. Umgekehrt setzen die Zunahme und Intensivierung internationaler Regulierungsprozesse das komplexe innenpolitische Entscheidungssystem der Schweiz zunehmend unter Druck.

Diese Rahmenbedingungen der Schweizer Aussenpolitik und die skizzierten anstehenden Herausforderungen deuten an, welche vielseitigen Fähigkeiten ein EDA-Vorsteher heute idealtypisch mit sich bringen muss: Führungsperson und kompromiss-suchender Koordinator, weltgewandt und innenpolitisch brückenschlagend, EU-kompetent und vertraut mit globalen Entwicklungen, wirtschaftsbewandert und doch ein thematischer Allrounder. Micheline Calmy-Rey hat naturgemäss nicht all diese Fähigkeiten in sich zu vereinen vermocht. Dennoch ist es ihr gelungen, der Schweizer Aussenpolitik wichtige neue Impulse zu verleihen und das Prinzip der aktiven Mitgestaltung innenpolitisch zu verankern.

I Editor und Fachexperte: Daniel Möckli
moeckli@sipo.gess.ethz.ch

I Bezug und Mailingliste:
www.ssn.ethz.ch

Bisher erschienen



- Nr. 105: Mediation in religiös geprägten Konflikten
- Nr. 104: Fukushima und die Grenzen der Risikoanalyse
- Nr. 103: Krisenkartographie: Neues Phänomen und vielseitiges Instrument
- Nr. 102: Südafrika: Eingeschränkte Regionalmacht
- Nr. 101: Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Hürdenreicher Weg zur Macht
- Nr. 100: Libyen nach Ghadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladins
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf aussenpolitischer Profilsuche
- Nr. 92: Kampf um Kampfflugzeuge: Gewinner und Verlierer
- Nr. 91: Militäreinsatz in Libyen: Die Nato im Dilemma
- Nr. 90: Menschliche Sicherheit: Entstehung, Debatten, Trends
- Nr. 89: Nukleare Abrüstung: Ein hürdenreicher Weg
- Nr. 88: Biotechnologischer Fortschritt als sicherheitspolitische Herausforderung
- Nr. 87: Ziviles Krisenmanagement der EU: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 86: NATO und Raketenabwehr: Chancen und offene Fragen
- Nr. 85: NATO-Gipfel: Zukunftsgerichtete Beschlüsse, fragliche Umsetzung
- Nr. 84: Die African Standby Force auf dem Prüfstand
- Nr. 83: Wirtschaftssanktionen: Wunderwaffe oder Blindgänger?
- Nr. 82: Die Nachrichtendienste unter anhaltendem Reformdruck
- Nr. 81: Schweizer Europapolitik: Wohin führt der bilaterale Weg?
- Nr. 80: Privatisierung von Sicherheit: Grenzen militärischer Auslagerung
- Nr. 79: Demokratisierung nach Konflikten: Fallstricke externer Einflussnahme
- Nr. 78: Drohnen: Militärischer Nutzen und politische Debatten
- Nr. 77: Libyenaffäre: Nachbetrachtungen zum Schweizer Krisenmanagement
- Nr. 76: Energiesicherheit: Die Erdgasmärkte im Umbruch
- Nr. 75: Wehrpflicht im europäischen Vergleich
- Nr. 74: Amerikanische Nuklearpolitik: Begrenzter Wandel
- Nr. 73: Die Schwellenmacht Indien vor grossen Herausforderungen
- Nr. 72: Reform des Sicherheitsrats: Ein gordischer Knoten?
- Nr. 71: Cyberwar: Konzept, Stand und Grenzen
- Nr. 70: Brennpunkt Jemen: Schwierige Terrorbekämpfung
- Nr. 69: Europäische Energiepolitik zwischen Versorgungs- und Klimazielen
- Nr. 68: Finnland: Krisenmanagement und Territorialverteidigung
- Nr. 67: Auslandseinsätze der Armee: Stand und Optionen
- Nr. 66: Die Shanghai Cooperation Organisation: Bedeutung für den Westen
- Nr. 65: Die Krise des NVV: Vor der Überprüfungskonferenz 2010
- Nr. 64: Britische Verteidigungspolitik: Strategieprozess und Reformdruck
- Nr. 63: Zivile Friedensförderung: Potenzial und Grenzen
- Nr. 62: Risikokommunikation: Nutzen für die Sicherheitspolitik
- Nr. 61: Schweizer Aussenpolitik 2009: Eine Standortbestimmung
- Nr. 60: Resilienz: Konzept zur Krisen- und Katastrophenbewältigung
- Nr. 59: Iran: Innere Krise und westlicher Handlungsspielraum
- Nr. 58: Ölpreis und Geopolitik: Gewinner und Verlierer
- Nr. 57: Kernenergie auf dem Vormarsch: Die Gefahr der Proliferation
- Nr. 56: Europas östliche Nachbarschaft
- Nr. 55: Operation Atalanta: Piraterie und Schweizer Sicherheitspolitik
- Nr. 54: Allianz der Widersprüche: Die NATO nach dem Jubiläumsgipfel
- Nr. 53: Atomare Abrüstung: Die USA und Russland verhandeln wieder
- Nr. 52: Strategic Foresight: Antizipation und Handlungsfähigkeit
- Nr. 51: Afghanistan: Neue Strategie und viele offene Fragen
- Nr. 50: Sicherheitspolitischer Bericht: Kernpunkte und Debatten
- Nr. 49: Der Nahostkonflikt nach dem Gaza-Krieg
- Nr. 48: Kampf gegen den Terrorismus: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 47: Pakistan: Sicherheitspartner, Atommacht, Krisenherd
- Nr. 46: Frankreichs Weissbuch: Eine neue umfassende Sicherheitsstrategie